

**Israelitische Oberkirchenbehörde im Königreich Württemberg. Inventar des Bestands E 212 im Staatsarchiv Ludwigsburg**, bearb. von ERWIN BIE-MANN, WOLFGANG SCHMIERER und GERHARD TADDEY. (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie C Staatsarchiv Ludwigsburg, Heft 2). Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 1996. 119 Seiten. Kartoniert DM 20,-

Findbücher sind die notwendigen Ordnungsinstrumente in einem Archiv. Sie helfen, im Heuhaufen der zusammengetragenen Akten die berühmte Nadel zu finden. Oft weisen sie den Weg zu regelrechten Schätzen, und dennoch werden sie, wie alle alltäglichen Hilfsmittel, nicht beachtet, höchstens ihr Fehlen beklagt. So verhielt es sich auch lange Zeit mit den Akten zur jüdischen Geschichte des Landes, die nur provisorisch, über das Abgabeverzeichnis von 1919, erschlossen waren. Doch das jetzt vorgelegte Findbuch hat solche Klagen für die im Staatsarchiv Ludwigsburg gelagerten Akten der Israelitischen Oberkirchenbehörde im Königreich Württemberg endlich gegenstandslos gemacht.

Mit großer Sorgfalt und in eine neue Ordnung gebracht – eine Konkordanz hilft, alte Aktennummern weiterhin zu identifizieren – erschließt das Inventar einen für die Geschichte der jüdischen Gemeinden im Königreich Württemberg äußerst wichtigen Bestand. Er setzt sich zusammen aus den Unterlagen der Israelitischen Oberkirchenbehörde und denen der Israelitischen Zentralkirchenkasse, beides Einrichtungen, die 1832 im Gefolge des württembergischen Emanzipationsgesetzes von 1828 in *Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen* entstanden.

Die 457 Büchel des Bestands E 212 spiegeln das Staatskirchentum wider, das der Israelitischen Religionsgemeinschaft mit der staatlichen Anerkennung aufgezwungen wurde und erst endete, als die Israelitische Religionsgemeinschaft 1912 zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts wurde. Aufgeteilt in sieben Abteilungen – von der Organisation der Oberkirchenbehörde über die Kirchenzucht bis hin zur Armenunterstützung –, bieten die in der Regel 1832 beginnenden Akten eine Fülle an Information zu den allgemeinen Verhältnissen wie zu den Funktionen der jeweiligen israelitischen Kirchengemeinden. Sie spiegeln nicht nur die strenge Reglementierung wider, der die jüdischen Religionsgemeinden unterworfen waren, sondern zeichnen auch ein Stück weit die innerjüdische Auseinandersetzung um die Assimilation nach, um die sich viele Juden im Gefolge der Emanzipation bemühten. Ein ausführlicher Personen-, Sach- und Ortsindex hilft bei der raschen Orientierung in diesem für die jüdische Geschichte Württembergs einmaligen und unersetzlichen Bestand.

Benigna Schönhagen

HELGA MERKEL: **Die Daimler-Familie Sindelfingen. Zur Wahrnehmung des soziokulturellen Wandels in einer Industriestadt.** (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Band 84). Tübinger Vereinigung für Volkskunde Tübingen 1996. 286 Seiten. Broschiert DM 35,-

Das Hauptthema dieses als Dissertation entstandenen Werkes ist die Frage nach den Ursachen der «inneren» Urbanisierung Sindelfingens, eines Ortes, der zwar seit 1263 Stadtrechte besaß, bis ins 20. Jahrhundert hinein jedoch dörflich strukturiert blieb. Bei aller Konzentration auf Sindelfingen verliert die Autorin allerdings nie den Blick für größere über diese Stadt hinausreichende Zusammenhänge. Für sie sind die Sindelfinger Verhältnisse, Entwicklungen und Veränderungen exemplarisch für eine Verstädterung, wie sie viele – auch kleine – Gemeinden nach dem Zweiten Weltkrieg erfaßt hat. So gelingt es ihr, präzise und anschaulich – vom Mikrokosmos Sindelfingen ausgehend – zu allgemeinen Aussagen über die späte Industrialisierung, die *gesamtgemeinschaftliche Modernisierung*, zu gelangen: etwa über die Modernisierungsstrategien der Nationalsozialisten und deren Rolle auch nach dem *Zusammenbruch des Dritten Reiches* oder über das dörfliche Beharrungsvermögen, das eben auch zur modernen Zeit gehöre.

Interessant sind ihre Beobachtungen zu den Sindelfinger Gemeindefesten: dem traditionellen Kinderfest, dem Kuchenritt, dem Internationalen Straßenfest. Sie wertet die Feste als Indikatoren für den Urbanisierungsprozeß aus, untersucht deren Ablauf im Wandel der Zeit. Überzeugend kann sie die Wertvorstellungen, die *in die ästhetischen Festhandlungen verpackt sind*, aufdecken und so auch deren verändernde Funktionen erklären. Dabei stützt sich die Autorin neben amtlichen archivalischen und gedruckten Quellen auf 62 Einzel- und Gruppeninterviews, zudem in hohem Maße auf Akten aus Privathaushalten: Briefe, Tagebücher, Fotos und Fotoalben, Familienbibeln, Poesiealben und Schulbücher. Diese bunte und vielfältige Quellenbasis belebt das Buch und macht es trotz mancher theoretischen Erörterung auch für Nicht-Fachleute lesens- und empfehlenswert.

Sibylle Wrobbel

HANS-PETER JANS: **Sozialpolitik und Wohlfahrts-pflege in Ulm 1870–1930.** (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Band 25). W. Kohlhammer Verlag Stuttgart 1994. 548 Seiten mit 13 Schautafeln und einer Faltkarte. Kartoniert DM 64,-

Daß in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und damit verbundener sozialer Problemstellungen gerade die Leistungskraft der Kommunen gefordert ist, wird gegenwärtig besonders deutlich. Diese Feststellung trifft auch – wengleich mit anderen Vorzeichen – auf den in dieser Untersuchung berücksichtigten Zeitraum zu, an dessen

Anfang und Ende jeweils ein wichtiger Einschnitt in die Sozialpolitik im weitesten Sinne zu verzeichnen ist.

Der um 1870 sich verstärkende Urbanisierungsprozeß, gekennzeichnet durch Festungsbau, Eisenbahnbau und Zunahme des unzünftigen Gewerbes, stellte auch die «Armenfürsorge» der Stadt Ulm vor eine neue Herausforderung. Die am Individualschicksal orientierte Armenpflege reichte jetzt nicht mehr aus, um die strukturell bedingten Benachteiligungen ganzer Bevölkerungsgruppen auszugleichen; es zeigte sich zunehmend die Notwendigkeit einer verstärkten sozialpolitischen Intervention, die sich in Ulm in einer breitgefächerten kommunalen Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung niederschlug, die an die Stelle der herkömmlichen privaten Wohltätigkeit – getragen durch das liberale Bürgertum – trat. Das Ende dieser Phase ist geprägt durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, auf den die «Geburt des Interventionsstaates» datiert wird: der Staat, und nicht mehr weitgehend die Kommune allein, übernahm die Verantwortung für die Fürsorge der Klein- und Sozialrentner, die sich aus der Kriegsfürsorge entwickelt und nichts mit der oft diskriminierenden Armenfürsorge gemein hatte.

In dieser Studie über die Mittelstadt Ulm wird gezeigt, daß trotz dieser qualitativen Erweiterung der sozialen Fürsorge auf den Staat der Kommune eine Fülle von Aufgaben verblieben. So verlor beispielsweise die bislang von der Gemeinde zu tragende Wandererfürsorge angesichts der staatlichen Erwerbslosenfürsorge zwar an Gewicht, dagegen gewann die Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge sowie die Altenpolitik während der Weimarer Republik an Bedeutung und stellte an die kommunale Wohlfahrtspolitik hinsichtlich der verwaltungsmäßigen Abwicklung, der Koordinierung unterschiedlicher Angebote und der beruflichen Qualifizierung des Personals besondere Anforderungen.

Auf Ulm bezogen macht diese Arbeit deutlich, daß sich die städtische Fürsorge, von wenigen Bereichen abgesehen, im Rahmen der allgemeinen Entwicklung bewegte und sich vor allem an anderen württembergischen Städten – in der Frühphase allerdings auch an Großstädten wie Berlin, Hamburg und London – orientierte. Sie zeigt jedoch auch auf, daß der Forschungsansatz, Sozialpolitik auf das (staatliche) Sozialversicherungssystem zu beschränken, zu kurz greift. Die kommunale Fürsorge darf im System sozialer Sicherung nicht ausgeblendet werden, vielmehr muß die kommunale Fürsorge und nicht die Sozialversicherung als *Ursprung sozialer Politik* angesehen werden. Die Ergebnisse der Studie stützen die These, daß sich der Durchbruch des modernen Interventionsstaates mit der kommunalen Daseinsvorsorge und nicht erst mit den Entscheidungen auf zentralstaatlicher Ebene vollzogen hat.

Werner Frasch

**Neue Siedlungen – Neue Fragen. Eine Folgestudie über Heimatvertriebene in Baden-Württemberg – 40 Jahre danach.** Ein Projekt des Ludwig-Uhland-Instituts für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Mit einem Vorwort von Hermann Bausinger. Hrsg. von CHRISTEL KÖHLE-HEZINGER. Silberburg-Verlag Tübingen 1995. 279 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kartoniert DM 39,80

Der Bereich der Vertriebenenforschung, er «boomt» auch in Baden-Württemberg. Kein Wunder, daß es so ist, denn das Land im Südwesten – damals dreigeteilt und zwei verschiedenen Besatzungszonen zugeschlagen – nahm seit Herbst 1945 proportional gesehen mehr Heimatvertriebene auf als jeder andere deutsche Flächenstaat, wobei Württemberg-Baden eine – freilich ungesuchte – Vorreiterrolle spielte. Die kürzlich erschienene, brillante Studie von Sylvia Schraut *Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949* weist detailliert und eindrücklich nach, welche Probleme damals durch die schnelle Ankunft hunderttausender meist völlig mittelloser Deutscher aus dem Osten und Südosten Europas aufgeworfen wurden und wie man versuchte, dieser Probleme Herr zu werden.

Neben reinen Versorgungs- und Unterbringungsproblemen existierte vor allem die Frage, wie die Heimatvertriebenen in die bestehende Gesellschaftsordnung integriert werden konnten. Wenn auch vielfach der Fleiß der «Neudeutschen» die «alteingesessene» Bevölkerung davon überzeugte, daß hier auch eine Hilfe bei den umfassenden Aufbauarbeiten des zerstörten Landes eingetroffen war, der man deshalb nicht mit Ablehnung begegnen konnte, so war die Wohn- und Lebenssituation der Betroffenen, die oft in regelrechten Heimatvertriebenen-Siedlungen wie Amorbach, Sindlingen, die Eichenau, Rot oder Giebel in Stuttgart unterkamen, bisweilen mit nichts anderem zu vergleichen als mit einer Ghetto-Situation. Wie zuletzt die vom Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (Tübingen) unter der Federführung von Matthias Beer ausgerichtete, überaus verdienstvolle Ausstellung über das Lager Schlotwiese in Zuffenhausen versucht auch der hier zu rezensierende Sammelband, den Ansatz der soziologischen Untersuchung von der Siedlung herzuleiten, *weil hier in einer überschaubaren Einheit wesentliche Züge der sozialen und kulturellen Entwicklung deutlich werden* (S. 12). Mit diesen Worten war 1958 ein Projekt des Tübinger Volkskunde-Instituts auf den Weg gebracht worden, das im Jahr darauf seine Untersuchungsergebnisse unter dem Titel *Neue Siedlungen* publizierte und aufgrund dieses damals neuen Ansatzes wegweisend war.

Im Multi-Gedenkjahr 1995 wurde nun der vorliegende, von Christel Köhle-Hezinger herausgegebene Band veröffentlicht, dessen verschiedene Autorinnen und Autoren in einer Projektgruppe kooperierten und aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Situation der Heimatvertriebenen in der zweiten, dritten und teilweise vierten Generation